



## ARTIKEL

Kommunikation • Presseschau ● 18.10.2021

### Der GVB in den Medien

Das Pressegespräch mit GVB-Präsident Jürgen Gros und SVB-Präsident Ulrich Reuter ist auf eine große Medienresonanz gestoßen. Außerdem berichtete „Bank intern“ über einen Brief des GVB an die BaFin.

„Deutsche Presse-Agentur“

Die „Deutsche Presse-Agentur“ berichtete, dass die Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Bayern gemeinsam ein Ende der steten Verschärfung von Bankenregulierung und politischen Vorgaben gefordert haben. „Willkürliche Markteingriffe, Dirigismus und planwirtschaftliche Ansätze sind mit einem freien Markt nicht vereinbar“, wird GVB-Präsident Jürgen Gros in der Agentur-Meldung zitiert. Zudem hätten sich die beiden Verbandspräsidenten gegen die Tiefzinspolitik der Europäischen Zentralbank gewandt. Sowohl Sparkassen als auch die im Genossenschaftsverband zusammengeschlossenen Volksbanken und Raiffeisenbanken würden unter den von der EZB vorgegebenen Tiefst- und Negativzinsen, die die Gewinne stetig schrumpfen lassen, leiden, heißt es weiter. Anforderungen und Regulierungskosten würden nach Einschätzung der zwei Verbände auf Dauer die Funktionsfähigkeit der Regionalbanken gefährden.

„BR 24“

„BR 24“ meldete in seinen Wirtschaftsnachrichten, dass die bayerischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken gemeinsam weniger staatliche Eingriffe und Regulierung fordern. Praxistaugliche Regeln seien auch für die Kunden wichtiger als unnötige Bürokratie und Vorschriften, etwa beim Verbraucherschutz. Hier würden die Banken von der Politik fordern, die möglichen Folgen ihrer Eingriffe genau zu bedenken. So könne etwa ein Preisdeckel auf Gebühren für Geldautomaten zu einer weiteren Ausdünnung des Automatenetzes führen, oder ein Zwang zur Honorarberatung Kunden in die Arme von Banken treiben, die keine Beratung zu Finanzprodukten anbieten. „Es gibt im Moment zu viele Ansätze, wo man den Banken Dinge verbieten möchte, wo man ihnen enge Vorschriften machen möchte, die sich - wie

wir meinen - dann in aller Konsequenz sogar negativ auf den Verbraucher auswirken werden“, sagt GVB-Präsident Jürgen Gros im O-Ton.

Zudem beschäftigte sich ein Artikel auf der Webseite des „Bayerischen Rundfunks“ mit dem Pressegespräch: Die Banken würden willkürliche Markteingriffe durch den Staat sowie planwirtschaftliche Ansätze ablehnen. Nur eine freie, soziale Marktwirtschaft könne den weiteren ökonomischen Erfolg garantieren.

„Börsen-Zeitung“

Die „Börsen-Zeitung“ schreibt, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Bayern vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP in Berlin ihren Widerstand gegen die EU-Einlagensicherung bekräftigt haben. Sie hätten ihre Haltung damit begründet, dass sich die Sicherungssysteme des genossenschaftlichen und des öffentlich-rechtlichen Kreditsektors bewährt hätten. „Ich habe große Sorge, dass es eine große Affinität zur Bankenunion gibt“, wird GVB-Präsident Jürgen Gros zitiert mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Bezug auf die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung. Das Thema sei „wieder auf dem Tisch“.

Der Autor kommentiert, es komme nicht alle Tage vor, dass regionale Cheflobbyisten zweier konkurrierender Säulen des Bankgewerbes sich zusammentun, um gemeinsam nach außen für die Interessen ihrer Mitglieder zu kämpfen. Die Initiative sei vor allem der Furcht geschuldet, dass die sich abzeichnende Ampel-Koalition im Bundestag beim hochbrisanten Thema Einlagensicherung in der EU-Bankenunion auf die Linie der Südländer der Gemeinschaft einschwenke - sprich sich eine Transfer- und Haftungsunion auf dieser Ebene etabliert. Deshalb herrsche in München Alarmstimmung.

„Platow-Brief“

Das Branchenblatt „Platow-Brief“ schreibt, Bayern verliere mit der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, die die Spitzen der Ampelparteien ihren Gremien am Freitag empfohlen haben, künftig an Einfluss in Berlin. Bayerns Volksbanken und Sparkassen würden indes vernehmbar bleiben wollen und hätten gut getimt am Freitag ihre Wünsche an die künftigen Koalitionäre vorgestellt. Im Fokus würden neben der Sorge vor staatlichen Markteingriffen etwa bei Dispozinsen, Geldautomatengebühren oder der Provisionsberatung, die insbesondere bei den Grünen en vogue seien, vor allem die weiteren Schritte in Richtung europäischer Bankenunion stehen.

„Münchener Merkur“

Der „Münchener Merkur“ schreibt, dass die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie die genossenschaftlich organisierten Volks- und Raiffeisenbanken auf demselben Markt um dieselben Kunden kämpfen. Die Sorge um die Zukunft des dreigliedrigen deutschen Bankensystems habe aber nun zu einem seltenen Schulterschluss geführt: Sparkassen und Genossenschaftsbanken hätten über ihre Spitzenverbände in München ein gemeinsames Positionspapier präsentiert. Ziel sei, sich bei den Spitzen von SPD, Grünen und FDP angesichts der geplanten Koalitionsgespräche in Berlin Gehör zu verschaffen. GVB-Präsident Jürgen Gros habe betont, dass regionale Kreditinstitute mehr denn je gebraucht würden. Die Verbände hätten die möglichen Koalitionäre in Berlin davor gewarnt, den Mittelstand mit zu strengen Nachhaltigkeitszielen zu überfrachten. Auch hätten sie Überlegungen kritisiert, Preisdeckel für Dispozinsen einzuführen, Gebühren am Geldautomaten zu deckeln oder die Provisionsberatung zu verbieten.

„Nürnberger Nachrichten“

Die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten, dass die bayerischen Sparkassen sowie die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit Sorge verfolgen, wie in Berlin die Ampel-Koalition konkretere Formen annehme. Zwei der drei potenziellen Koalitionspartner, SPD und Grüne, verfolgten in der Bankenpolitik Ziele, die den Mittelstands- und Regionalbanken gar nicht recht seien. Deshalb hätten sie sich die beiden Verbandspräsidenten gemeinsam zu Wort gemeldet, vor „willkürlichen Markteingriffen, Dirigismus und planwirtschaftlichen Ansätzen“ gewarnt und „Leitplanken für eine überzeugende wirtschaftliche Entwicklung“ formuliert. Das politische München werde im Bund in Zukunft voraussichtlich „weniger eine Rolle spielen“, wird GVB-Präsident Jürgen Gros zitiert. Umso wichtiger sei es, dass die Stimme der Wirtschaft in der Bundeshauptstadt hörbar bleibe.

„Straubinger Tagblatt“

„Protest gegen Regulierungsflut“ betitelte das „Straubinger Tagblatt“ seinen Artikel anlässlich des Pressegesprächs. Bayerns Sparkassen und Volksbanken hätten gemeinsame Leitplanken für die Bankenpolitik der Bundesregierung formuliert. Ein Schreckgespenst sei für sie die europäische Einlagensicherung. Außerdem würden die beiden bayerischen Bankenverbände Übertreibungen beim Verbraucherschutz fürchten. Dieser dürfe den Verbraucher nicht entmündigen und könne auch in sein Gegenteil umschlagen, wird GVB-Präsident Jürgen Gros wiedergegeben. Als Beispiel habe er ein Verbot der Provisionsberatung genannt, das dazu führen werde, dass viele Kunden „beratungslos“ in Geldgeschäften blieben. Auch wenn der Gesetzgeber vorschreibe, was die Betreiber von Geldautomaten für den Service für Fremdkunden höchstens berechnen dürfen, werde die entsprechende Infrastruktur ausgedünnt. „Verbraucherschutz hat auch immer eine Kehrseite“, so der GVB-Präsident.

„Main-Post“

Die „Main-Post“ schreibt, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken erstmals Schulter an Schulter gegen politische Vorgaben aus Berlin und Brüssel kämpfen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz hätten Bayerns Sparkassenpräsident Ulrich Reuter und Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, die kommende Bundesregierung eindringlich vor neuen „Verbotsorgien“ für die Banken gewarnt: Ein fixer Preisdeckel – etwa für Abhebungen an Geldautomaten – werde beispielsweise nur dazu führen, dass vor allem auf dem Land das Angebot massiv eingeschränkt werde, so Gros. Sparkassen und Genossenschaftsbanken würden aktuell in Bayern rund 7.000 Geldautomaten betreiben: „Wir stellen hier das Rückgrat der Infrastruktur“, so Gros. Gleiches gelte für mögliche fixe Obergrenzen für Dispo-Zinsen oder ein ebenfalls diskutiertes Verbot der Provisionsberatung bei privaten Geldanlagen.

„Fränkischer Tag“

Auch der „Fränkische Tag“ griff das Pressegespräch der beiden Verbände auf. Man kämpfe gemeinsam gegen Bankenregulierung und politische Vorgaben. Sie hätten zudem einfachere und praktikablere Regeln „etwa bei der Kreditvergabe“ angemahnt: Die Banken-Regulierung müsse begrenzt werden auf die Bereiche, in denen Gefahren drohen. Regionalbanken seien aber fast ausschließlich in ihrer Heimat tätig. Gerade in der Corona-Krise habe sich darüber hinaus die stabilisierende Wirkung der regionalen Banken auf die bayerische Wirtschaft gezeigt. So seien mehr als 80 Prozent der staatlich abgesicherten Corona-Hilfskredite über Sparkassen und Volksbanken abgewickelt worden. „Wir sind keine Nostalgie, wir werden mehr gebraucht, denn je“, wird GVB-Präsident Jürgen Gros zitiert.

**„Bank intern“**

„Chapeau, verehrte Herren Dr. Jürgen Gros und Dr. Alexander Büchel“, schreibt der Autor einer Meldung in der

aktuellen Ausgabe des Branchenblatts „Bank intern“. Er bezieht sich dabei auf das persönliche Schreiben, mit dem sich die beiden Vorstände des Genossenschaftsverbands Bayern an BaFin-Chef Mark Branson gewandt und weiteren Handlungsbedarf in Sachen der Direktbank N26 eingefordert hatten. Das Schreiben sei sachlich im Ton und konstruktiv in der Machart. Die GVB-Vorstände bezögen sich auf eine Erhebung unter den Mitgliedsinstituten und würden auf eine Vielzahl von „Betrugsfällen“ bei bayerischen Genossenschaftskunden hinweisen. Deren Ursache „im Zahlungsverkehr in Zusammenhang mit N26“ rühre nach Angaben der Institute daher, dass „es bei N26 eine unzureichende Legitimationsprüfung bei der Kontoeröffnung“ gebe, was „das Aufkommen von Betrügern in überproportionalem Maße“ ermögliche. Allein bei den Genossenschaftsbanken in Bayern, so die GVB-Analyse, habe es seit Jahresbeginn über 400 Betrugsdelikte im Zusammenhang mit einem N26-Konto gegeben. „Genau so muss Verbandsarbeit gehen!“, urteilt der Redakteur.